

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expeditur entgegengenommen.

# Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgehaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgehaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf. Sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 8 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

### Inhalt.

**Rechtshilfe oder Rechtshülfslosigkeit?**  
Deutscher Reichstag.  
Politische Uebersicht: Pro nihilo. — Oesterreich. — Spanien. — Die „Germania“. — Das „gerettete“ Barmbeck. — Ein Krach nach Schluß-Deilich.  
Die dänische Arbeiterbewegung.  
Innere Parteiangelegenheiten.  
Korrespondenzen: Berlin. — Frankfurt a. M. — O. — Frankfurt a. M. — Culin. — Kiel. — Danabruik. — Eidenborf. — Offenbach. — Altona. — Friedrichsberg. — Magdeburg.  
Vermischtes.  
Fenilleton: Ueber die Koft in den öffentlichen Kassen. (Foelt.)

### Rechtshilfe oder Rechtshülfslosigkeit?

Die neuere Gesetzgebung hat die Ränfte der Handwerker beseitigt und die Gewerbefreiheit eingeführt, aber für jene Erwerbszweige, aus welchen sich die Gesetzgeber selbst vorzüglich rekrutiren, haben dieselben wohlweislich die Fleischhöpfe des Justizwesens beibehalten, und so besitzen wir denn thatsächlich noch heute eine Advokatenzunft und eine Kunst der Ketzte im vollsten Sinne des Wortes. Siderlich wäre gegen diesen mittelalterlichen Bau schon längst erfolgreich Sturm gelaufen worden, wenn nicht, Dank ihrer bevorzugten Stellung in der Gesellschaft, Juristen und Ketzte die Wortführer der Bourgeois-Parteien wären, deshalb in ganz unverhältnismäßiger Anzahl in die gesetzgebenden Körperschaften gelangten und dort in schärfster Weise ihre Geschäftsinteressen vertheidigen könnten.

Was wir, dank diesem Zustande, den beiden Gelehrten-Ränften für Riesenzöpfe verdanken, wie das Volk unter ihren beschränkten Kastenvorurtheilen, welche mit der Macht des Privilegiums sich geltend machen, leidet, hat wohl ein jeder unserer Leser schon einmal persönlich erfahren. Das Wort Impfzwang allein genügt schon, um das unfehlbare Medizinpfaffenhum in genügender Weise zu charakterisiren. Aber nicht mit diesem wollen wir uns heute befassen, sondern mit der Advokatenzunft und ihren Vorrechten, um so mehr, als die Gesetzesvorlage über die Prozeßordnung diesen Mißstand im Reichstage zur Sprache bringen wird. Es giebt nichts, was einem gesunden Rechtszustande mehr widerspricht und was außerdem in der Kulturentwicklung des deutschen Volkes weniger begründet ist, als das Advokatenwesen.

Die erste Anforderung an das Gesetz ist nämlich, daß es für Jedermann verständlich sein muß, denn sobald es einer künstlichen Auslegung bedarf, um im Einzelfalle angewandt zu werden, so wissen von hundert Staatsbürgern neunundneunzig nicht was recht ist, sie verstoßen also ohne wirklich böswillige Absicht gegen das Gesetz und erleiden somit bei Vergehen Strafe respective im Civilprozeß Verluste. Man wende uns daher nicht ein, daß es einen besondern Stand Rechtskundiger geben müsse, sondern man lege Hand an die Wurzel des Uebels, schaffe klare Gesetze und gute Volksbildung und Jedermann wird befähigt sein, seine Handlungen, schon bevor er sie begeht, rechtlich zu würdigen, nöthigenfalls aber sein eigener Anwalt zu sein.

Und so war es seit Alters her in Deutschland, bis zur Einführung des römischen Rechts. In diesem allein ist die Advokatur begründet, denn weil in Rom der Provinziale, der Schutzbürger, thatsächlich rechtlos war, so mußte er sich einen mächtigen Bürger der Stadt als Schützer zur Durchführung seiner Prozesse annehmen und ihm Tribut zahlen. Seit das römische Recht am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts die einfache altdeutsche Gemeindegerechtigbarkeit verdrängte und manche freie Landgemeinde nun durch Advokatenriffe in die Leibeigenschaft gebracht wurde, hat die unglückliche Rechtsunkunde der Volksmasse und das Monopol der Rechtsgelehrtenzunft fortgedauert bis zur Gegenwart. Und noch jetzt wird mit äußerster Heftigkeit dafür getritten.

Einen interessanten Beleg hierfür liefert uns ein Vorfalle aus Berlin, über welchen der Betroffene uns berichtet hat. Eines der Vorrechte der Advokaten ist, daß die Rechtshilfsbeschwerden, welche in letzter Instanz im Prozeßverfahren eingebracht werden, von einem Rechtsanwalt verfaßt oder legalisirt sein müssen. Dem uns vorliegenden Thatbestande zufolge sollen Berliner Rechtsanwälte sich nun häufig weigern, eine Legalisation zu vollziehen, wodurch natürlich der prozeßirende Staatsbürger in die größten Mißthelligkeiten geräth. Der Beschwerdebeweg gegen dieses Thun ist aber vergebens bis zum Justizminister verfolgt worden.

Nachstehend wollen wir die gewechselten Aktenstücke unseren Lesern mittheilen. Der Beschwerdeführer wandte sich mit folgender Eingabe zunächst an das Kammergericht in Berlin:

An das Königliche Kammergericht hier.  
In der bei dem Königlichen Kammergericht in II. Instanz

schwebenden summarischen Prozeßsache . . . . hatte ich am 25. d. den hiesigen Justizrath A. ersuchen lassen, die von mir angefertigte Appellations-Rechtsfertigungsschrift gegen Entrichtung der tarmäßigen Gebühren zu legalisiren.

Nachdem die Roten einen Tag bei ihm gelegen, ließ er mich durch seinen Bureauchef sagen, er lehne die Legalisation ab, weil er keine Zeit habe.

Hierauf stellte ich am 26. d. Mts. an den Justizrath B. dasselbe Ansuchen, dieser lehnte jedoch ebenfalls ab mit dem Bemerkten, er könne den Schriftsatz nicht legalisiren.

Durch diese ganz unmotivirten Ablehnungen fühle ich mich beschwert.

Die Rechtsanwälte haben das Privilegium, Schriftsätze zu legalisiren, das bezügliche Publikum ist also genöthigt, sich dieserhalb an die Anwälte zu wenden. Dieses Vorrecht schließt selbstverständlich (abgesehen von speziellen, dies anordnenden Bestimmungen) die Pflicht zur Legalisation auf Ansuchen des Publikums in sich. Dieser Pflicht dürfen sich die Anwälte ohne bestimmte legale Gründe nicht entziehen. Letztere liegen in concreto nicht vor. A. hat später vielfache Mandate entgegengenommen und thut dies noch jetzt, die Ausrede, er habe keine Zeit, ist also nicht stichhaltig. Der Sinn des Ablehnungsgrundes des B. ist mir dunkel.

Ich bin offenbar berechtigt, meine eigenen Prozeßschriften selbst zu fertigen, dieses Recht wird aber illusorisch, wenn die dazu verpflichteten Anwälte sich weigern, diese Schriftsätze zu legalisiren.

Ich bitte ganz gehorsamt, den gedachten beiden Anwälten unter Androhung von Disziplinarstrafen aufzugeben, sich der Legalisation der ihnen von mir vorzulegenden Schriftsätze, in specie der von mir eingangs bezeichneten Schrift, falls gesetzliche Bedenken nicht entgegenstehen, zu unterziehen.

Da die Frist zur Einreichung des Schriftsatzes in diesen Tagen abläuft und ich eventuell riskire, präcludirt zu werden, so bitte ich um geneigte größtmögliche Beschleunigung.  
Berlin, den 31. August 1875.  
D. L.

Der Beschwerdeführer erhielt folgenden abschläglichen Bescheid:

Königliches Kammergericht.  
Berlin, den 6. September 1875.

Auf Ihre Beschwerde über die Rechtsanwälte, Justizrath A. und B., sind diese beiden gehört worden. Sie haben beide erklärt, daß sie sich der Sache nicht mehr entsinnen und daß, wenn sie die Legalisation des von ihnen bezeichneten Schriftsatzes abgelehnt haben sollten, sie durch andere dringende Geschäfte daran verhindert gewesen seien. Unter Androhung von Disziplinarstrafen kann ein Rechtsanwalt zur Legalisation eines Schriftsatzes nicht angehalten werden, weil nach § 33 der Verordnung vom 21. Juli 1846 der Rechtsanwalt, welcher eine Prozeßschrift unterschreibt, für deren Inhalt ebenso verantwortlich ist, als wenn er die Schrift selbst abgefaßt hätte; er kann deshalb nicht gezwungen werden, eine Schrift zu unterzeichnen, wenn er Bedenken trägt, die Verantwortlichkeit für deren Inhalt wegen ihrer Fassung oder weil es ihm an der genügenden Information fehlt, zu übernehmen. Wenn daher die Herren Justizräthe A. und B. die Legalisation des denselben von ihnen vorgelegten Schriftsatzes abgelehnt haben, weil sie durch andere dringende Geschäfte verhindert worden, den Schriftsatz einer eingehenden und sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, so kann denselben ein Vorwurf daraus nicht gemacht werden. Noch weniger können dieselben im Allgemeinen angewiesen werden, sich der Legalisation der ihnen von Ihnen vorzulegenden Schriftsätze zu unterziehen, weil es in jedem einzelnen Falle der Beurtheilung des Rechtsanwalts überlassen bleiben muß, ob er die Verantwortlichkeit für den Inhalt eines Schriftsatzes übernehmen kann.  
v. Strampff.

Hierauf erging nachstehende Beschwerde an den Justizminister:

An das Königliche Justizministerium hier.

Anbei gestatte ich mir Abschrift meiner Beschwerde vom 31. August c. an das Königliche Kammergericht und des darauf ergangenen Bescheides mit dem Bemerkten zu überstreichen, daß ich mich durch denselben nicht berührt fühlen kann.

Ich habe nachgewiesen, daß die Justizräthe A. und B. ohne gesetzliche Gründe die Legalisation abgelehnt haben. Mangel an Zeit ist kein Entschuldigungsgrund, denn beide haben noch am selben Tage und später vielfache Mandate angenommen, wie ihre Bureauchefs bezeugen, sie selbst auch dienstlich nicht leugnen können.

An Information hat es ihnen auch nicht gefehlt, denn ich hatte ihnen die sämtlichen Anteriora des Prozeßes vollständig übergeben lassen.

Beweis: Zeugniß des Herrn Sch.  
Ich hatte ferner beantragt, die A. und B. anzuhalten, den fraglichen Schriftsatz, falls keine gesetzlichen Bedenken entgegenstehen, und solche sind von ihnen nicht geltend gemacht, noch jetzt zu legalisiren, worauf das Königliche Kammergericht zu der Ansicht kommt, daß, wenn ein Anwalt erklärt, durch andere dringendere Geschäfte an der Legalisation verhindert zu sein, resp. wenn er die Verantwortlichkeit für den Schriftsatz nicht übernehmen will, er nicht zur Annahme des Auftrages angehalten werden könne.

Diese Ansicht ist nicht stichhaltig. Die Anwälte sind allein berechtigt und verpflichtet, zu legalisiren, sie müssen sich also der-

artigen Arbeiten unterziehen, falls gesetzliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die beiden angegebenen Momente sind aber an und für sich keine Bedenken, in jedem Falle mußten sie eingehend motivirt werden. Die Verantwortlichkeit der Anwälte für eine Legalisation erstreckt sich übrigens nicht auf den thatsächlichen Inhalt, sondern nur auf die äußere Beschaffenheit, auf das rein Formelle und daß keine Beleidigungen oder sonstige Verfüße in dem Schriftsatz enthalten sind. Dies Alles ist aber sehr leicht und in etwa 5 bis 10 Minuten zu übersehen.

Thatsächlich befinde ich mich in der Lage, daß zwei Anwälte sich geweigert haben, ein von mir verfaßtes Schriftstück, gegen welches Bedenken nicht vorliegen, zu legalisiren, und ist es klar, daß hier Abhülfe Noth thut.

Ich bitte deshalb, dem Antrage in meiner Beschwerde vom 31. August c. zu deferiren.

Eventuell dürfte es angezeigt erscheinen, die Anwaltsstellen hier in Berlin bedeutend zu vermehren oder freie Advokatur einzuführen. Dann würde ein Fall, wie der vorliegende, nicht mehr zur Erörterung kommen.

Hierbei bemerke ich noch Folgendes: Es ist ein offenes Geheimniß, daß unter hiesigen Anwälten eine Abmachung besteht, überhaupt nicht zu legalisiren, wahrscheinlich um das Publikum dadurch zu veranlassen, ihnen die ganzen Mandate zu übertragen, vielleicht aus dem leicht erklärlichen Grunde, weil die Gebühren eines Prozeßmandats erheblich höher sind, als die einer Legalisation.

Diese ganz offenkundige Thatsache bin ich zu erweisen bereit, zunächst durch das dienstliche Zeugniß der Rechtsanwälte D., L., J. und sodann durch das Zeugniß der Bureauvorsteher der Anwälte hier und noch anderer Personen. Namen werde ich später nennen. Diese Verhältnisse erheischen ein energisches Einschreiten Seitens der vorgesetzten Behörde, und gebe ich dem Königlichen Justizministerium das Erforderliche anheim.  
Berlin, den 13. September 1875.

Der Justizminister antwortete gleichfalls abschläglich, wie folgt:

Justiz-Ministerium.  
Berlin, den 30. September 1875.

Auf Ihre Vorstellung vom 13. d. Mts. wird Ihnen eröffnet, daß der Justiz-Minister die von dem Königlichen Kammergericht unterm 6. d. Mts. erlassene Verfügung, betreffend die Legalisation von Schriftsätzen durch Rechts-Anwälte, nicht zu mißbilligen vermag, sich auch zur Zeit nicht veranlaßt findet, auf den eventuell gestellten Antrag näher einzugehen.  
Der Justiz-Minister.

Zu dessen Vertretung: Friedberg.

So weit die vergebliche Beschwerdeführung.  
Wir fragen, ist dies fragliche Vorrecht der Advokaten nicht geradezu verhängnisvoll für den Staatsbürger? Wie oft ereignet es sich nicht, daß, besonders bei politischen Prozessen in kleinen Städten, der Angestellte keinen Advokaten als Vertretiger erlangen kann, wie viel öfter noch fehlen dem Manne aus dem Volke die Geldmittel für die „Rechtshilfe“. Und trotz sonnenklarem Rechte ist der Staatsbürger dennoch auf die Gnade des Advokaten angewiesen, ob der studirte Herr geruht, den Prozeß anzunehmen oder die Nichtigkeitkeitsbeschwerde zu legalisiren!

Ist da „Rechtshilfe“ das richtige Wort? — Nein, „Rechtshülfslosigkeit“ muß es heißen, so lange nicht ein Jeder für sich selbst durch alle Instanzen hindurch den Prozeß führen und jeden anderen unbescholtenen Staatsbürger zur Vertretung heranziehen kann.

Diese „Rechtshülfslosigkeit“ und mit ihr die zünftige Advokatur muß fallen, und sie wird fallen, sobald das Volk sich besser um die Gesetzgebung bekümmert und diese nicht hochgelahrten Herren Doktoren überläßt.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Nov.  
Der Reichstag hat gestern die Kommission für Verabreichung der Gewerbeordnungs-Vorlage und des Gesetzes über die gegenseitigen Hilfskassen gewählt. Ihre Zusammensetzung giebt keine Hoffnung, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter in Bezug auf die Selbstverwaltung ihres Eigenthums Berücksichtigung finden. Neben verschiedenen Mitgliedern der ultramontanen Partei, die sich nächst uns durch ihre Sprecher in der Freitagssitzung am entschiedensten gegen das Gesetz erklärte, sitzen die beiden Haupt der nationalliberalen Partei, Bamberger und Oppenheim, Beide heftige Gegner der Arbeiterforderungen darin. Bamberger ist Vorsitzender der Kommission, sein Ersatzmann der Buchhändler Dunder, dessen ganzes Bestreben nur auf möglichste Sicherung der sog. Dirsch-Dunder'schen Gewerbevereine gerichtet sein wird. Das zünftlerische Element ist durch den Hamburger Abgeordneten Schmidt, den einzigen Vertreter, den das zünftlerische gesinnte Handwerk im Reichstage besitzt, vertreten; das Fabrikantentum hat in der Person des Fabrikbesizers Hehl — der seiner Zeit ein eifriger Vertretiger der berückichtigten Kontraktbruchs-Kommission war — noch einen besonderen Vertreter erhalten; er wird unterstützt werden durch die verschiedenen abligen Rittergutsbesitzer und Beamten, die ebenfalls einen Platz in der Kommission gefunden. Auch der sächsische Hofrath Adernann giebt

als Mitglied der Kommission die Gewähr, daß das arbeiterfeindliche Element in ihm sicher eine Stütze findet.

So sind in dieser famosen Kommission alle Schattierungen der herrschenden Klasse vertreten, nur die Klasse, die am meisten bei der Vorlage interessiert ist, um deren Haut der Handel und das Feilschen beginnen soll, die Arbeiterklasse hat keine Vertretung gefunden. Diese schreiende Ungerechtigkeit wird theilweise selbst in den Reihen der Gegner unangenehm empfunden und ihre Presse giebt diesem Gefühl hier und da Ausdruck. Allein geändert wird damit an der Sache nichts. Die Feindseligkeit der großen Majorität des Reichstages gegen die Arbeiterklasse hat durch die Nichtwahl eines ihrer Vertreter in die Kommission bereiten Ausdruck gefunden und die Arbeiter werden wissen, was sie zu thun haben.

Die Vertreter der Arbeiter im Reichstage werden ihrerseits die zweite und dritte Lesung der Gesetzesentwürfe benutzen, um mit aller Entschiedenheit das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu verteidigen.

Die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds beschäftigte den Reichstag in seinen Sitzungen vom 9. und 10. November. Den stenographischen Bericht über diese Verhandlungen theilen wir in einer der nächsten Nummern mit und bemerken für heute nur, daß der Abgeordnete Richter (Hagen) aus der 4jährigen Staatskassa für Eisenbahnbarone und Gründer einer ewigen zu machen versuchte. „Ich meine — so schloß Richter — wir behalten die Prioritäten im Invalidenfond, die wir einmal besitzen, ganz und gar, dann hört das Spekulieren auf.“ — Das wäre allerdings ein gefundener Wissen für Richter und Konforten und deren Eisenbahn-Gründungen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 13. November.

Unter dem Titel „Pro Nihilo“ — Um Nichts — ist in Zürich über die Vorgeschichte des Armin'schen Prozesses eine Schrift erschienen, deren Verfasser Graf Armin selbst zu sein scheint. Wie viel Wahres an den Behauptungen, welche das Buch enthält, ist, können wir nicht entscheiden, nur sehen wir, daß Bismarck darin sehr mitgenommen wird. Da nun aber im deutschen Reich die an der Spitze stehenden Personen nicht ungestraft kritisiert werden dürfen, so ist das Buch, kaum daß es das Licht der Welt erblickt hat, auch schon konfisziert worden. Es macht diese Konfiskation natürlicher Weise wieder allgemeines Aufsehen und je nachdem man eben Anhänger des Reichszanlers Bismarck oder des Erbfolgers Armin ist, wird das Recht der Konfiskation in Betracht gezogen. Was uns anbelangt, so müssen wir offen eingestehen, daß die ganze Armin'sche Angelegenheit bei uns nicht den geringsten Staub aufwirbelt. Armin sieht uns eben so fern wie Bismarck und kann uns der Eine eben so wenig als der Andere irgend welche Sympathie abgewinnen.

In unserer letzten Nummer zeigten wir, wie die Gründer in Oesterreich schalten und walten können, ohne daß man es nur wagt, ihnen in irgend einer Weise auf die Finger zu sehen oder gar auf die Hüften zu treten. Anders steht es aber mit den Sozialisten. Diese haben zwar in Oesterreich bis jetzt noch keine Millionen gestohlen, überhaupt noch nie von der Arbeit Anderer gelebt und noch nicht gestrousbetagt, da sie nun aber einmal notorische „Reichsfeinde“, so tiefenbort man gegen sie so viel man nur irgend kann. So wurde Parteigenosse Jacharias in Brünn am 26. Oktober nach 16wöchentlicher Untersuchungshaft in „Freiheit“ gesetzt und ihm zugleich eine Anklage schrift wegen Vergehens der Aufwiegelung und der Geheimbündelei zugestellt — „Zum Vereins- und Versammlungs-Recht“. Am 1. November wurden in Wien eine freie Arbeiter- und eine Schuhmacherverammlung einberufen, jedoch beide verboten. „Es werde beabsichtigt, eine Demonstration für die Märzgefallenen zu arrangieren“ — meint die Polizei — und eskamotierte flugs ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht. — In Böhm. Leipa wurde eine Volksversammlung verboten, deren Tagesordnung in Rasfensdorf und Eischitz unbekannt verhandelt wurde. Gleiches Recht für Alle! — In Brünn untersagte man die Abhaltung einer Volksversammlung am 31. Oktober. — Die Statuten eines Manufaktur-Arbeitervereins in Brünn wurden von der mährischen Statthalterei als „geschwätzig“ zurückgewiesen. Obgleich die Behandlung politischer und religiöser Fragen ausdrücklich ausgeschlossen sei, fand die Statthalterei dennoch, daß der Verein ein politischer sei, denn „es gehe unzweifelhaft hervor, daß der Verein die soziale Frage, somit einen politischen Gegenstand (!) in den Kreis seiner Wirksamkeit zu ziehen beabsichtige.“ — Der Fachverein der Schuhmacher in Prag wurde am 11. Oktober aufgelöst. Er solle seinen statutenmäßigen Wirkungskreis dadurch überschritten haben, daß er auch Nichtmitgliedern Arbeit verschaffe. Als Denunziant in dieser Sache war die neugegründete Reifer- genossenschaft thätig.

## Ueber die Kost in öffentlichen Anstalten.

(Ein Vortrag, gehalten am 13. September 1875 in der ersten Sitzung des Kongresses für öffentliche Gesundheitspflege zu München, von Professor Voit.)

(Schluß der ersten Abtheilung.)

### 1) Kost für einen Arbeiter.

Ich halte es für nöthig, zuerst anzugeben, wie viel ein Arbeiter an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten zu seiner Erhaltung täglich aufnehmen muß. Wir gewinnen dadurch ein Normalmaß für einen mittleren Menschen und können dann die Abweichungen leicht anreihen.

Der kräftige Arbeiter, welchen Bettenlofer und ich untersuchten, zersetzte täglich:

	bei Ruhe	bei Arbeit
Eiweiß	137	137
Fett	72	173
Kohlehydrate	352	352
Kohlenstoff	283	356

Dr. J. Forster fand in der aufgenommenen Nahrung folgende Mengen der Nahrungstoffe:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
Arbeiter	133	95	422
Arbeiter	131	68	494
Junger Arzt	127	98	362
Junger Arzt	134	102	292

Als Mittelwerth aus einer größeren Anzahl von Beobachtungen habe ich für einen Arbeiter 118 Gramm Eiweiß und 328 Gramm Kohlenstoff als Erforderniß angegeben; es sind also, da 118 Gramm Eiweiß schon 63 Gramm Kohlenstoff enthalten, noch 265 Gramm Kohlenstoff durch Fett oder Kohlehydrate zu decken. Wollte man diese Kohlenstoffmenge ausschließlich in Kohlehydraten geben, so müßten 597 Gramm Stärkemehl verzehrt werden, von Fett dagegen 346 Gramm. Diese Betrachtung ist zwar nicht

In Prag ist der größte Theil der Arbeiter in den Stroussberg'schen Fabriken entlassen, ohne daß dieselben ihre Lohnrückstände ausgezahlt erhalten haben. Die Arbeiter wurden mit der Restzahlung auf den 15. November vertröstet. In Holskau, Zbirow und den übrigen Werken sind die Arbeiter im Laufe voriger Woche bereits entlassen worden.

Zwischen der Königin a. D. von Spanien, der leuschen Isabella, und ihrem Sohnein Alphons ist ein kleiner Krieg ausgebrochen. Isabella's Günstling Marfori ist von Alphons verhaftet und auf die Philippinen-Inseln geschickt und gegen Isabella selbst ist ein förmlicher Verbannungsbeschlus erlassen worden.

\* Für die Freilassung des in Untersuchungshaft genommenen Redakteurs der „Germania“, Gustav Taube, hatte das Berliner Stadtgericht eine Kaution von mindestens 30,000 Mark gefordert, gegen welche enorme Festschuldung von dem Antragsteller, der Direktion der Aktiengesellschaft „Germania“, Herrn Girund, bei dem Kammergericht Beschwerde erhoben wurde. Dieselbe ist jedoch von diesem Gerichtshof als unbegründet zurückgewiesen worden, da gemäß der bei einem der Vorgänger desselben, dem Redakteur B. Kosiol, gemachten Erfahrung ein Fluchtverdacht des hier nur in Chambre garni befindlichen Inhaftirten in Betracht, daß er bereits vom Stadtgericht zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt ist und auch zehn neue Untersuchungen wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“ gegen die Gesetze und wegen „Beleidigung von Behörden“ schweben, begründet sei und dieser Verdacht nur durch Hinterlegung einer so bedeutenden Summe paralysirt werden könne.

\* Ein eigenthümliches Versammlungsverbot haben unsere Barmbecker Parteigenossen erlebt. Als dieselben zum 7. November eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die letzten Stunden eines Monarchen“ bei der Polizei anmeldeten, wurde ihnen die Abhaltung dieser Versammlung wegen der „staatsgefährlichen“ Tagesordnung bei einer Strafe von 100 Mark untersagt. Barmbeck war somit „gerettet“.

\* Der alte Potsdamer Hauswirth, Vater Schulze aus Delitzsch, den gegenwärtig das Podagra plagt, hat an seinen Jüngern wenig Freude. Einer nach dem Andern seiner Getreuen, die sonst das „neue Reich“ durch fortwährende Lobhudeleien in erschrecklicher Weise unsicher machen und vor Reichsherrlichkeit trüben, verläßt den durch die Parziner Kürassier-Stiefel geheiligten vaterländischen Boden, allerdings nicht ohne Begleitung einiger Tausende oder Hunderttausende von blanken Thalerchen, und zwar ohne, wie es doch einem anständigen Manne geziemt, seinen neuen Aufenthaltsort seinem bisherigen „Freunde“ anzuzeigen. Liegt nun da in Thüringen ein kleines Städtchen, das auf den Namen Wiehe hört. Nur so weit sein Kirchturm sichtbar, ist es bekannt. Fleißige und sparsame Leute hausen aber drin, deren Stolz bislang eine Vorkaufskasse nach Schulze-Delitzsch war. Und warum auch nicht? Der Rentant derselben, Herr Kaufmann Kreyhschmar, war ein treuer Haushalter — bis er vor einigen Wochen sein Haus verkaufte, 14 Tage Urlaub nahm, diese auch bewilligt erhielt und alsdann verurtheilt war, natürlich nicht, ohne die Kleinigkeit von 50,000 Thaler aus der Vorkaufskasse — deren ganzen Bestand — mit sich gehen heißen. Daß nun im Städtlein darob fürchtbar gewiehet wird, ist selbstverständlich. Ist's doch stets so, daß fast nur die gebannten Kinder das Feuer scheuen und man erst zum Socialismus sich bekehrt, wenn man vom Liberalismus bis auf die Haut ausgezogen ist. Wie eifrig man übrigens bemüht ist, des Schwindlers habhaft zu werden, beweist eine — Anzeige in der Berliner „Börse-Zeitung“, in der aufgefordert wird, die Anweisungen und sonstigen Papiere, die Kreyhschmar präferirt, nicht einzulösen. Daß man den Schwindler sehnem müßte, davon denkt man noch nicht. Stiehlt ein Arbeiter ein Paar alte Stiefel und er ist nicht fogleich aufzufinden, so regnet es von allen Seiten Stechbriefe; ein Schwindler à la Kreyhschmar darf nach der Berliner „Börse-Zeitung“ noch nicht einmal arretirt werden. — Netze Zustände!

Kopenhagen, 8. Nov.

Vielleicht interessiert es die deutschen Parteigenossen, die annähernde Stärke und die Organisation der dänischen socialistischen Arbeiterpartei kennen zu lernen. Wie bekannt, wurde diese Partei gestiftet im September 1871 von dem Cand. phil. Louis Pio, damaligem Offizier und Postbeamten, zu welchem sich bald der frühere schleswigsche Schullehrer Geleff und der ehemalige Buchhändler Briz gesellten. Schon etwas früher hatten die Cigarrenarbeiter in Kopenhagen den ersten socialistischen Gewerk- oder Fachverein gegründet. Da nun, nach dem Hochverraths-Prozesse,

den die Regierung in Verbindung mit der Polizei und Bourgeoisie gegen die Führer der Partei angetreten hatte und in dem selbigen zu einigen Jahren Zellengefangnis verurtheilt wurden, der politische Verein „Internationale“ aufgelöst wurde, bildete man gleich darauf einen sogenannten „demokratischen Verein“, der aber kein langes Leben hatte, aus Gründen, die ich hier nicht näher berühren will. Die Arbeiter hatten in der Zwischenzeit gelernt, daß ihre ökonomischen Forderungen am besten gefördert würden durch die Gründung von Gewerkvereinen, doch nicht nach englischen — Trades unions — Muster, sondern echt socialistisch, mit Beibehaltung der politischen Frage. In den Provinzen folgte man dem Beispiele der Hauptstadt, bildete socialdemokratische Vereine und Fachvereine, wo dieselben sich bilden lassen konnten; besonders rührig in dieser Beziehung waren die Schneider. Obgleich nun in den meisten dieser Vereine politische Fragen verhandelt wurden, vermischte man doch ein gemeinschaftliches Band zwischen allen diesen verschiedenen Elementen, bis dann die Gründung eines Centralrathes oder eine Central-Verwaltung diesem Mangel abhalf. Diese Institution trat in Wirklichkeit den 30. Mai 1874, und ich war ihr erster Vorsitzender, bis Pio im August mich ablöste; alsdann übernahm ich die Stelle als Sekretär und Pio die Leitung des Organs „Social-Demokraten“. Im Mai 1874 existirten ca. 22 Gewerkvereine in Kopenhagen, wovon 14 unter die Centralverwaltung traten; diese letztere besteht aus dem Vorsitzenden jedes Vereins und einem Vertreter für je 100 Mitglieder; in der Provinz existirten damals 6 socialdemokratische Vereine, von denen die Hälfte eingeschlossen war aus Mangel an Agitation, und 4 Gewerkvereine. Durch die rege Thätigkeit der Central-Verwaltung kam ein neues Leben in die Arbeiterbevölkerung, denn es bildeten sich beständig neue Vereine und die älteren gewannen an Ausdehnung und Stärke. Im August 1875 zählte man in Kopenhagen 30 Gewerkvereine, später kamen noch 4 neue hinzu. Einige von diesen sind rein politische Vereine, welche eine sogenannte politische und sociale Vorkaufskasse bilden und ab und zu die Gemerke einladen, die noch nicht zur Organisation übergetreten sind. Folgende sind die Gewerkvereine in Kopenhagen: Arbeitsleute mit einer Filiale in Frederiksberg mit circa 300 Mitgliedern; Bautischler mit 1107 Mitgl.; Böttcher oder Rüfer mit 81 Mitgl.; Bildhauer und Bildschneider mit 90 Mitgl.; Bürstenbinder mit 50 Mitgl.; Cigarrenarbeiter mit 600 Mitgl. — diese haben jetzt einen Tabakarbeiterbund über Scandinavien gegründet, welcher 1239 Mitglieder zählt —; Drechsler mit 50 Mitgl.; Formerbund mit 250 Mitgl.; Gärtler und Metallarbeiter mit 30 Mitgl.; Gas- und Wasserwerksarbeiter mit 55 Mitgl.; Glaser — erst vor 3 Wochen gegründet — mit 40 Mitgl.; Hauszimmerer mit 150 Mitgl.; Handschuhmacher mit 90 Mitgl.; Klempner oder Spengler mit 250 Mitgl.; Korbmacher mit 50 Mitgl.; Korporeure — neu — mit 40 Mitgl.; Korfschneider mit 50 Mitgl.; Maler mit 100 Mitgl.; Maurer mit 300 Mitgl.; Mobeltischler mit 40 Mitgl.; Pianofortearbeiter mit 60 Mitgl.; Sattler und Tapezierer mit 200 Mitgl.; Sägewerker mit 55 Mitgl.; Schmiede und Maschinenarbeiter mit 700 Mitgl.; Schiffszimmerer mit 200 Mitgl. — der Letzteren Strife ist jetzt mit freudigem Erfolg zu Ende geführt —; Schuhmacher mit 200 Mitgl.; Schneiderbund für Dänemark mit 600 Mitgl.; Stadtboten mit 50 Mitgl.; Straßenpflasterer und Steinhauer mit 100 Mitgl.; Stuhlmacher und Mobeltischler mit 200 Mitgl.; Wagenmacher mit 100 Mitgl.; Weber mit 100 Mitgl.; außerdem ein dänischer socialdemokratischer Verein mit 100 und ein deutscher — kürzlich gegründet — mit 50 Mitgliedern. Von diesen sind 26 Vereine, darunter die Bautischler, der Formerbund, Schneider- und Tabakarbeiter-Bund, unter der Central-Verwaltung, sowie alle übrigen größeren Vereine. Die Central-Verwaltung hält jeden Donnerstag ihre gewöhnliche Sitzung, wo alle wichtigen socialen und politischen Fragen behandelt werden, und eine öffentliche Arbeiterversammlung findet jeden Sonnabend statt. Außer den obengenannten Vereinen bestehen hier 2 socialdemokratische Wahlvereine, eine Krankenkasse, die 1600 Mitglieder zählt, 2 Frauenvereine, ein Volkverein und 10 bis 12 Gefangenenvereine, alle mit socialistischer Organisation. In den Provinzen bestehen: a) Jütland: 4 socialdemokratische Vereine in den Städten Aarhus, Horsens, Fredericia und Skanderborg; in den zwei erstgenannten Städten und in Kolding, Randers und Aalborg Schneidergewerkvereine, welche mit allen übrigen im Lande den mehrgenannten „Schneiderbund“ bilden; außerdem Schuhmacher-, Zimmerer-, Maurer-, Tischler-, Formerbund, Cigarrenarbeiter- und Arbeitsleute-Gewerkschaften in den Städten Aarhus, Fredericia, Horsens u. s. w. b) Insel Fünen: Gewerkvereine in Nyborg und mehrere Vereine in Odense. c) Auf der Insel Seeland bestehen socialdemokratische Arbeitervereine in den Städten Helsingör, Roskilde, Slagelse und Korsör; Landarbeitervereine in 3 Landkreisen, in den Ämtern Holbøl, Frederiksberg Præstø. Die Zahl der Kopenhagener Socialisten wird sich auf ca. 15,000 belaufen, also wenn man auf die Verheiratheten bloß Frau und 2 Kinder rechnet, auf 60,000, welches ein Drittel der gesammten Bevölkerung Kopenhagens

besteht durch die Erfahrung, daß wirklich verschiedene Arbeiter, ganz entsprechend dem Grad ihrer Arbeitsleistung, Eiweiß in der Kost aufnehmen; hierüber hat vorzüglich Plajair höchst interessante Zusammenstellungen gemacht. Es nehmen auf:

Soldaten im Frieden	126	Gramm Eiweiß
Arbeiter im Mittel	130	„
Londoner Hafendarbeiter	155	„
Braufnechte**) in München	165	„

Nun hat sich aber durch meine Untersuchungen herausgestellt, daß ein Mensch, der stets genau die gleiche Kost erhält, bei der stärksten Arbeit nicht mehr Eiweiß zersetzt als bei völliger Ruhe, wohl aber viel mehr Fett. Beim Hunger verhält es sich ebenso, nur werden dabei das Eiweiß und das Fett vom Körper genommen. Man hat sich dieses mit den früheren Anschauungen in direktem Widerspruch stehende Resultat gar nicht zurecht legen können.

Man hat gesagt: es widerspreche dem Gesetze von der Erhaltung der Kraft; denn woher nähme dann der Mensch die Kraft für seine Arbeitsleistung? Man vergaß dabei erstens, daß die Arbeit dennoch auf Kosten des zersetzten Eiweißes geschehen könnte, wenn nämlich die frei gewordene lebendige Kraft bei der Ruhe in Wärmebewegung, bei der Thätigkeit in mechanische Leistung überginge, und man vergaß zweitens, daß ja eine ansehnliche Mehrgesetzung von stickstoffreichen Stoffen alsbald von uns dargethan wurde.

Anderer sagten: es widerspreche meine Angabe schon der ge-

\*\*) Nach Liebig's Angabe nimmt ein Braufnecht der Sedlmayr'schen Brauerei zu München während des Subes bei angelegentlichster Thätigkeit in Brod, Fleisch und Bier täglich auf:

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
im Brod	42	—	224, also 900 Gr. oder 1 1/2 Pfd. Brod,
im Bier	—	—	375, also 15,000 Gr. oder 15 Liter Bier,
im Fleisch	148	73	—, also 750 Gr. oder 1 1/2 Pfd. Fleisch.
	190	73	599.

\*) Zu ähnlichen Zahlen sind auch Andere durch Berechnung der Nahrungstoffe in der Kost gekommen:

	Gramm Eiweiß	Fett	Kohlehydrate
Wann, mittlere Arbeit	120	35	540 Wolff,
Soldat, leichter Dienst	117	35	447 Hildesheim,
Soldat im Felde	146	44	504 Hildesheim,
Wann, mittlere Arbeit	130	40	550 Kofelshott.

ist (Kopenhagen hat 180,000 Einwohner). Unsere Partei hat seit der Haftentlassung der obengenannten Führer bedeutend an Stärke gewonnen, was man am besten sehen kann, wenn man die Abonnentenzahl unseres Organs vergleicht mit der vor dem 1. Juli, dem Tage, wo das Blatt von der neuen Redaktion unter der Leitung Pio's übernommen wurde. Damals hatten wir eine Anzahl von 3200 Abonnenten und den 1. November nahe an 6000. Außerdem haben wir alle Verbindungen mit der demokratischen Partei der sogenannten Linken abgebrochen und gehen rasch vorwärts in der Ausführung unseres eigenen sozialistischen Programms. Doch für heute genug.

Mit social-demokratischem Gruß an alle Parteigenossen zeichnet  
E. W. Klein.

## Innere Parteiangelegenheiten.

Parteigenossen! Der deutsche Reichstag ist wieder zusammengetreten und es ist dadurch unseren Abgeordneten zur Pflicht gemacht, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Eine ganze Reihe höchst wichtiger Gesetzesvorlagen sollen in dieser Session erledigt werden. Den Arbeitern soll, nach dem Willen der Regierung, in dem neuen Haushaltsgesetz ein neuer Zwang auferlegt werden; durch neue Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel will man die Gelder zu neuen Rüstungen aufstreuen und daß hinfürto das Volk über seine Leiden durch den Mund der sozialistischen Abgeordneten nicht mehr Klage führen könne, daß die Sommerruhe in Paris nicht mehr durch social-demokratische „Wählereien“ gestört werde, verlangt die Regierung draconische Verschärfungen der auf die politischen Vergehen bezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches, damit ihr ein Mittel gegeben werde, jede Opposition zum Schweigen zu bringen. Diesen reaktionären Gelüsten gegenüber nun die Stimme des arbeitenden Volkes zur Geltung zu bringen, wird Sache unserer Abgeordneten sein, und deshalb müssen dieselben im Reichstag anwesend sein können. Das Leben in Berlin ist aber sehr theuer, und da unsere Abgeordneten selbst, ohne Ausnahme, mittellos, deren Wähler, arme Arbeiter, welche unter der Geschäftskrise fürchtbar leiden, aber nicht im Stande sind, dieselben genügend zu entschädigen und ferner die Parteisteuern und sonstigen Einnahmen der Partei durch die Agitation aufgebraucht werden, so ergeht der Appell an Euch Alle, Parteigenossen, durch Sammlungen u. d. die Mittel für den Unterhalt unserer Vertreter im Reichstage aufzubringen.

Parteigenossen! Das deutsche Reich, welches jedes Jahr Hunderte von Millionen Mark ausgiebt, um eine ungeheure Militärmacht zu unterhalten, dieses Reich zahlt den aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehenden Abgeordneten des Volkes keine Diäten, es hat kein Geld, um die Volksvertreter zu entschädigen, wohl aber, um Militär, Bureaukraten und Priester zu halten. Der Zweck, warum dies geschieht, ist zu durchsichtig, um nicht für Jeden klar zu sein; man will dem armeren Theile der Bevölkerung dadurch, daß man Arbeit ohne Entschädigung fordert, es erschweren, Vertreter aus seiner Mitte in's Parlament zu schicken. Dieses Mandat nun hinfällig zu machen, den Machthabern zu zeigen, daß das Volk durch derartige Machinationen sich nicht um sein Recht bringen läßt, dazu ist es jetzt nötig, daß die Parteigenossen und Freunde aller Orten private und öffentliche Sammlungen veranstalten und den Ertrag derselben an den Parteikassierer August Geib, Rüdingsmarkt 12, Hamburg, einzusenden.

Parteigenossen, thut Eure Pflicht!

Mit social-demokratischem Gruß

Der Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei.

J. A.:

J. Auer, C. Derossi.

Hamburg, den 10. November 1875.

P. S. Duitung über eingegangene Gelder erfolgt im „Volkstaat“ und „Neuen Social-Demokrat“.

In einem Proseß wider den Redakteur der früheren sozialistischen Zeitschrift „Der Socialist“, W. A. Schuster, fällt am 30. v. Mts. die VII. Criminal-Deputation zu Berlin eine nicht unwichtige Entscheidung. Parteifreund Schuster soll sich, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft, der „Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ schuldig gemacht haben, machte jedoch vor dem Gerichtshofe den Einwand der Verjährung geltend, wogegen der Vorsitzende des Gerichtshofes konstatierte, daß am 13. Mai d. J. der Untersuchungsrichter Jöhl den Inquirenten bestellt und dieser am 2. Juni d. J. die Vorladung des Angeklagten verfügt habe. Staatsanwalt Schütz beantragte demnach in die Verhandlungen einzutreten, da durch die verfügte Bestellung die Verjährung unterbrochen sei. Der Gerichtshof, unter dem Vorsitze des Stadtgerichtsrathes Reich, erkannte jedoch auf Unzulässigkeit des Verfahrens und zwar wegen eingetretener Verjährung, da in der

möglichen Erfahrung, daß bei körperlicher Anstrengung der Appetit größer sei. Ich habe jedoch nicht behauptet, daß bei der Arbeit gleich viel zerseht werde, wie bei der Ruhe, sondern nur, daß dabei nicht mehr Eiweiß zerseht werde; dann ist noch zu bedenken, daß bei Leuten, welche längere Zeit sich nicht mehr körperlich angestrengt haben, in Folge der Bewegung eine Zunahme der Muskeln eintritt und dadurch auch eine Erhöhung des Eiweiß-Bedarfs.

Wieder Andere haben gemeint: das von mir Befundene stehe im Widerspruch mit der eben erwähnten Erfahrung Blaisairs, nach welcher von verschiedenen Arbeiterklassen, entsprechend der Arbeitsleistung, Eiweiß verzehret werde. Dieser Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer. Die Größe der Eiweiß-Zerzeugung bei einem bestimmten Individuum steht nicht in Beziehung zur geleisteten Arbeit, wohl aber umgekehrt die mögliche Arbeitsleistung zur Größe der Eiweiß-Zerzeugung, insofern als ein kräftigerer und also mehr leistender Arbeiter eine größere Masse eiweißreicher Organe (namentlich Muskeln) auf ihrem Bestande zu erhalten hat, und deshalb mehr Eiweiß in der Nahrung braucht; er würde aber die gleich große Menge zu dem Zweck nötig haben an einem Tage, an welchem er ruht, z. B. am Sonntag. Würde er an Feiertagen weniger Eiweiß aufnehmen, so würden seine Organe Eiweiß verlieren und den Tag darauf nicht mehr so viel leisten können, als vorher.

Ja eine sehr starke Arbeit auszuführen, so unterziehen sich derselben nur ihr gewachsene muskelfräftigere Arbeiter, welche dann natürlich zur Erhaltung ihrer größeren Organmasse reichlich Eiweiß zuführen müssen; es werden sich gewiß nicht muskelschwächere Arbeiter melden, die für eine Zeit mehr Eiweiß als bei der geringeren Arbeit verzehren wollen; denn sie würden bald erfahren, daß sie die starke Arbeit trotz des reichlichsten Eiweiß-Verbrauches nicht erzwängen.

Blaisair hat durch seine Zusammenstellung nur gezeigt, daß der Muskelschwache sich nicht zu einer starken Arbeit drängt, d. h., daß die Muskelmasse das Maximum der Arbeitsleistung bestimmt,

Bestellung des Inquirenten nur eine General-Verfügung, aber keine richterliche Verfügung gefunden werden könne.

**Berlin, 11. Nov. (Prozeß.)** Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fanden am 7. Nov. zwei Verhandlungen vor der 7. Criminal-Deputation des Berliner Stadtgerichts statt. Der erste sollte sich auf eine mittelst der Presse verübte Beleidigung des Kaisers beziehen. Angeklagt war der Kolporteur Arthur Trautmann. Derselbe hatte eine in der „Expedition des Feuilletons“ in der Schweiz erschienene Broschüre, die den Titel „Kleines Wintermärchen“ führt, vertrieben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Trautmann eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Gerichtshof hat indessen ein freisprechendes Erkenntniß gefällt, weil er annimmt, daß die Behauptung des Angeklagten, er habe den Inhalt der Schrift nicht gekannt, richtig sei. Außerdem wurde auf Unbrauchbarmachung der Schrift erkannt. — Ebenso sprach das Gericht in einer zweiten Verhandlung gegen Trautmann die Unbrauchbarmachung der „Neuen Stunden der Andacht“ von Johann Friedrich Becker aus, weil in dieser Schrift das Betheben der Gotteslästerung gefunden wird.

**Frankfurt a. d. O., 10. Novbr. (Verurtheilung.)** Am 5. Nov. stand Parteigenosse Heiland aus Berlin vor dem hiesigen Kreisgericht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Der Staatsanwalt beantragte neun Monat Gefängniß, der Gerichtshof erkannte auf drei Monate. Es ist Appellation eingelegt worden.

**Altona, 11. November. (Aufgelöste Versammlung.)** Vor einer zahlreich besuchten Arbeiter-Versammlung im Koppelmann'schen Salon in Altona wollte am Sonnabend Reichstagsabgeordneter Bahleisch über das Thema: „Die Regierungsvorlage in Bezug auf das Strafgesetz“ referiren. Der die Versammlung überwachende Polizeibeamte, Herr Weisse, aber fand sich, nachdem der Referent 10 Minuten gesprochen hatte, veranlaßt, die Versammlung schleunigst aufzulösen.

**Frankfurt a. M., 6. Novbr. (Volksversammlung.)** Am 27. Oktober fand im Pflüch'schen Lokale eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstags-Session und Herr Sonnemann.“ 2) „Der Protest gegen neue Steuern.“ Herr Sonnemann und der Vorstand des demokratischen Wahlvereins waren hiesig eingeladen, doch wurde der Einladung nicht Folge gegeben, auch keine Rückantwort erstattet. Herr Sabor referirte über beide Punkte vorzieslich, er kritisirte zuerst insbesondere das Vorgehen des Herrn Sonnemann. Da der Reichstag mit einem interessanten Material von Gesetzentwürfen eröffnet worden sei, so sollte dem Abgeordneten Gelegenheit gegeben werden, die Wünsche des Volkes entgegen zu nehmen, dessen Interesse er vorgiebt, im Reichstage zu vertreten. Jener sei aber nicht einmal erschienen. Sabor beleuchtete sodann die Wirkungen der projektirten Strafgesetznovelle, die sich sehr zweifelhaften Ruhm erwerben könne, und in die Zeiten der Inquisition verjee, denn es solle Derjenige eingesperrt werden, welcher aufsteigt gegen die jetzt bestehende sociale Ordnung, selbst wenn Letztere ungerecht ist; ferner solle ein Paragraph zum Schutz gegen eine Kritik der Ehe geschaffen werden, aber welche Ehe solle geschützt werden? die mit einer Frau oder mit mehreren, denn die Letztere sei bei höheren Ständen heute sehr an der Tagesordnung! Das Eigentum Derer solle ferner vor einer Kritik geschützt werden, welche sich dasselbe auf eine schwindelhafte Weise ergaunert haben, wie z. B. Straußberg und Konsorten. Die Friedensbürgschaft sehe Allem noch die Krone auf, ob man glaube, sich so alle Kämpfer für jede freie heilige Idee vom Halse zu schaffen? Ferner kritisirte Redner eingehend den Gesetzentwurf wegen Einrichtung von Hülfsklassen und die projektirten neuen Steuern. Wie verhält sich, fragte er, nun Sonnemann gegen diese Gesetzentwürfe. Vor dem Volke hätte er sich heute hier darüber aussprechen müssen. Sabor forderte sodann auf, dem Reichstage einen Protest gegen neue Steuern zu übermitteln, und die Resolution der Berliner Livolversammlung wurde nun einstimmig angenommen. Die Versammlung beschloß ferner, dem Reichstage diese Beschlüsse mitzutheilen. An der Debatte theilnahmen sich noch Schwarze, Müller, Reichsamer, Sacke, Prinz und Friebl.

J. Kiel, Schriftführer.

**Catin, 6. Nov. (Versammlung.)** Am 28. Oktober war Herr Wismann aus Berlin auf Agitation bei uns. Seine Reise hatte eigentlich den Zweck, die hiesigen Landarbeiter gewerkschaftlich zu organisiren. Da sich aber hierorts die vormaligen Mitglieder des Unterstützungs-Berbandes und späteren Abkommen des „Pioniers“ von der gewerkschaftlichen Bewegung zurückgezogen und einen „Sozialistischen Wahlverein“ gegründet haben, so wählten wir als Tagesordnung: „Die Lage des arbeitenden Volkes.“ Herr Wismann referirte gebiegen. Redner wies nach, daß die heutigen Staats-Einrichtungen zu Ungunsten des arbeitenden Volkes — Lohnarbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger — ausfallen, daß der Kleinbesitz sich immermehr zum Großbesitz und die Hausindustrie immermehr zur Großindustrie gestaltet, so daß der jetzige Mittelstand bald gänzlich zur Lohnarbeiterklasse heruntergedrückt sein wird, zumal die Gesetzgebung noch in den Händen der sogenannten höheren Klasse ruhe und das arbeitende Volk durch eigene Unternützigkeit seiner Lage und Mangel an politischer Bildung zu wenig sich um die Wahlen zur Gesetzgebung kümmere. Redner wies dann auf das Allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, als das praktische Mittel hin, durch welches die gedrückten Massen die Geseze und somit auch die Staats-Einrichtungen zu ihrem Gunsten umgestalten können, sie mühten Arbeiter-Abgeordnete in den Reichstag, sowie in jede Gemeindevertretung, sofern ihnen dort dies Wahlrecht zu Gebote steht, wählen. Dann zur Gewerkschaftsbewegung übergehend, wies Redner auf die grenzenlose Ausbeutung des Arbeiterstandes hin und hob hervor, daß, so lange wir nicht in der Lage sind, uns Geseze zum Schutze der Arbeit zu verschaffen, die Arbeiter aller Branchen sich organisiren müßten,

und daß Menschen mit einer größeren Muskelmasse mehr Eiweiß nötig haben; er hat aber nicht gezeigt, wie die Meisten meinen, daß bei der Arbeit des gleichen Individuums unter sonst gleichen Umständen mehr Eiweiß zerseht wird, als bei der Ruhe.

Ein schweres Juppferd, Binsgauer Race, nimmt in dem Futter mehr Eiweiß auf, als ein kleiner Pony. Aber Niemand wird es einfallen, zu behaupten: es geschehe dies, weil es stärker arbeitet und es würde in der Ruhe nur so wenig als das kleine Thier brauchen; sondern Jedermann weiß, daß das schwere Pferd der Versorgung der weitaus mächtigeren Muskelmasse halber mehr Eiweiß verzehren muß und mehr zu leisten vermag.

Ebenso muß man den Arbeitern nicht nach Maßgabe ihrer momentanen Arbeit Eiweiß zuführen, sondern vielmehr nach Maßgabe ihrer Muskelmasse und der dadurch bedingten Maximalleistung. Die von einem Menschen im Maximum zu leistende Arbeit entspricht daher der Eiweißzerzeugung und dem Eiweißbedarf. Es ist darum auch eine Verschwendung an Eiweiß, einem muskelfräftigen Arbeiter eine geringere Arbeit zu übertragen als seiner Muskelatur entspricht, da er bei gleichem Eiweißverbrauch ungleich mehr zu leisten befähigt wäre.

Die Eiweißzerzeugung und die nötige Eiweißzufuhr hängen also von der zu ernährenden Muskelmasse ab und nicht direkt von der Arbeit, welche vielmehr ihrerseits von der Muskelmasse bestimmt wird; es ist für den von anderen Bedingungen beeinflussten Eiweißverbrauch ganz gleichgültig, ob diese Muskelmasse arbeitet oder nicht. Dagegen ist bei dem gleichen Individuum die Zerföderung der stickstoffreichen Substanzen abhängig von der momentanen Arbeitsleistung. Der von Pettenkofer und mir untersuchte Mann zerförete bei der gleichen Kost bei Arbeit um 101 Gramm Fett mehr als bei Ruhe.

Die oben angegebenen Zahlen beziehen sich nur auf einen Arbeiter mit mittlerer Leistungsfähigkeit und nicht auf einen intensiv Arbeitenden, welchem etwas mehr Eiweiß (bis zu 150 Gramm), namentlich aber mehr stickstoffreiche Substanz, zu geben ist. Ich habe früher schon gesagt, daß so bedeutende Eiweiß-

um solche Uebel, als da sind: die Kinderarbeit, Lohnherabsetzungen, zu lange Arbeitszeit u. s. w., so viel als möglich abzuschaffen. Er forderte schließlich zum Beitritt in den „Allgemeinen deutschen Bau-, Erd-, Land- und Fabrik-Arbeiter-Verein“ auf, worauf sich neun Personen einschreiben ließen. Ich hoffe, daß dieser Verein bald gute Früchte tragen wird. Die Landarbeiter bilden in unserer Gegend die größte Zahl und befinden sich in der gedrücktesten Lage. Es wäre nur zu wünschen, wenn diese Massen sich dem Vereine anschließen würden. So lange hierorts noch kein Bevollmächtigter von den Mitgliedern genannter Gewerkschaft dem Vorstande vorgeschlagen ist, wird Unterzeichneter die Geschäfte in die Hand nehmen. Sonntag, den 14. November, feiern wir hierorts ein Arbeiterfest, verbunden mit Concert, Festrede und Ball, und ist jeder Arbeiter hierzu freundlichst eingeladen. Das Fest findet bei dem Gastwirth Struck statt. Mit social-demokratischem Gruß  
H. J. Schröder, Sackstraße.

**Odenberg bei Welle, 25. Nov. (Volksversammlung.)** Am 24. October fand in unserem Orte, im Lokale des Herrn Gastwirth Rittmeister, eine ziemlich zahlreich besuchte Volksversammlung statt. In derselben wurde als Vorsitzender A. Alweilt und als Schriftführer Unterzeichneter gewählt. Hr. Alweilt aus Osnabrück referirte über folgende Tagesordnung: „Die in Aussicht stehende Erhöhung der Bier- und Petroleumsteuer.“ Die Zufriedenheit über des Redners ausführlichen Vortrag zeigte sich darin, daß ein mehrmaliges Bravo von sämtlichen Anwesenden erschallte. Er beleuchtete in seiner Rede, daß überhaupt die sämtlichen indirekten Steuern verwerflich wären, weil dieselben am meisten auf dem arbeitenden Volke lasteten. Deshalb protestirten wir gegen solche und verlangen vom Reichstage, daß er gegen solche Steuererhöhung stimme. Wenn durchaus eine Steuererhöhung im Staate notwendig wäre, so sollte man eine progressive Einkommensteuer einführen, wenn es ihm beliebt, den Luxus der Reichen, z. B. Kaffern, Wein u. d. in Betracht ziehen, aber nicht die unentbehrlichsten Bedürfnismittel des arbeitenden Volkes durch Steuererhöhung verteuern. Redner zeigte ferner, zu welchem Zwecke die vielen Steuern gebraucht würden, z. B. für das hohe Militärbudget. Es wurde dann die Resolution der Berliner Livol-Versammlung einstimmig angenommen. Darauf wurde nach Schluß der Versammlung von dem Gesangsverein „Eintracht“ die Marschlied gesungen.

Mit social-demokratischem Gruß

Heint. Hemsath.

**Magdeburg, 7. Novbr. (Volksversammlung.)** Donnerstag, den 4. Novbr., fand hier selbst im Gehler'schen Gesellschaftshause eine von circa 800 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Parteifreund und Reichstagsabgeordnete Otto Keimer über die Vorlagen des Reichstages in seiner gegenwärtigen Session unter vielem Beifall referirte. In seinem Vortrage gezielte Redner besonders die Vorlagen des neuen Hülfsklassen-Gesetzes. Daß derselbe den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, bewies wohl am besten, daß selbst die Arbeiter der Gewerksvereine im Privatgespräche versicherten, daß der Vortragende ihnen aus der Seele gesprochen habe. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an und genannen wir in der Versammlung 20 neue Parteigenossen.

Mit Gruß

Ernst Ruppert, Kleine Junkerstr. 8, Hof I.

**Friedrichsberg, 10. Nov. (An die Parteigenossen.)** Vor circa 2 Monaten hatten wir in Friedrichsberg eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in welcher beschlossen wurde, dem in der dortigen Versammlung gewählten Comité die weiteren Schritte zur Gründung eines Wahlvereins und in Betreff unserer Partei zu überlassen. Es ist uns jedoch bis heute, trotz aller Bemühungen, nicht gelungen, ein Lokal zu bekommen, da wir dies immer durch Beeinflussungen vereitelt sehen. Deshalb fordere ich die Parteigenossen von Friedrichsberg auf, recht zahlreich bis auf Weiteres unsere Versammlungen in Rummelsburg zu besuchen.

Für das Comité:

Spartfeld.

**Offenbach, 10. November. (Aufruf an sämtliche Social-Demokraten des Wahlkreises Offenbach, Dieburg.)** Parteigenossen! Es ist ein unbedingtes Auf, daß wir an allen Orten Volksversammlungen abhalten. Auf die Tagesordnung ist zu setzen: 1) Erhöhung der Bran- und Petroleumsteuer, 2) die „Neue Offenbacher Tages-Zeitung“. Es wird Euch Allen bekannt sein, daß genannte Zeitung Gemeineigentum der Arbeiter des Wahlkreises Offenbach-Dieburg ist. Da die Reichstagswahl nicht mehr sehr ferne ist, so ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, für die Verbreitung dieses Blattes mit aller Energie zu wirken. Die Zeitung erscheint täglich und hat 1500 Abonnenten. Bei einem kräftigen Arbeiten können wir bis Neujahr auf 2000 Abonnenten kommen. Thue ein Jeder seine Schuldigkeit. Alle Briefe sind zu senden an

M. Kölsch, Geleitstr. 12,

Offenbach a. M.

**Kiel, 9. Nov. (Zur Beachtung für die reisenden Tischler Deutschlands!)** Die Mitgliedschaft des Tischler- (Schreiner-) Vereins zu Kiel macht die reisenden Kollegen hiermit darauf aufmerksam, daß hievorst zwischen verschiedenen Meistern und Gejellen Lohnsdifferenzen obwalten. Umier Anderem ist von der ersten Möbelwerkstelle den Arbeitern der ortsübliche Lohn bis jetzt verweigert worden, weshalb mehrere Kollegen die Arbeit dort verließen. In mehreren Affordwerkstätten ist der Preis heruntergegraben und zwar dermaßen, daß nicht die nötigen Lebensbedürfnisse hievorst beziffren werden können; daher fällt sich die Mitgliedschaft darauf hinzuweisen genöthigt, reisenden, welchen die Möglichkeit zur Hand steht, ihren Reiseplan zu ändern, dazu anzurehen, die aber dennoch reisenden möchten wir bitten, sich über diese Verhältnisse Erkundigungen bei Marten, Reßbestr. 10, einzuholen. Mehrere Kollegen.

mengen sich nicht oder wenigstens nur schwer und unter großer Belastung des Körpers durch Vegetabilien zuführen lassen; es ist hier ein Zufug von dem leicht verwerthbaren Fleisch geboten, so zwar, daß bis zu 30 und 50 Prozent des nötigen Eiweißes in dieser Form dargereicht werden muß.

Die Quantität des Stärkemehls soll bei rationeller Ernährung aus den schon angegebenen Gründen auch bei der intensivsten Arbeit 500 Gramm nicht überschreiten, und man giebt dann dazu, je nach der Größe der Arbeit, 56 bis 200 Gramm Fett. Das gleiche Individuum, das durch eine gewisse Eiweißzufuhr seine Muskeln und übrigen Organe erhält und dadurch zu einer bestimmten Leistung befähigt ist, braucht bei der Arbeit mehr stickstoffreiche Stoffe als bei der Ruhe und nicht mehr Eiweiß als man nach den früheren Vorstellungen allgemein annahm. Es ist bekannt, welche Menge von Speck der norddeutsche Arbeiter zu sich nimmt, oder welche Menge von Butter er auf sein Brod legt, und wie viel Schmalz die süddeutschen Bauernknechte während der Ernte zu den Radeln oder dem Schmarren beigegeben erhalten.

Nach unseren jetzigen Erfahrungen legen wir bei dem Arbeiter mehr Werth auf die beständige und reichliche Zufuhr der stickstoffreichen Stoffe als der stickstoffhaltigen. Die Gensenfänger nehmen zu ihren beschwerlichen Wanderungen, zu welchen sie möglichst wenig Ballast brauchen, nicht ein eiweißreiches Nahrungsmittel mit sich, sondern Fett, da dieses während der enormen Anstrengung in großer Menge vom Körper abgegeben und bei den ohnehin an Fett nicht reichen Leuten nicht schwerer vermischt wird, als der viel geringere Verlust des in viel reichlicherem Maße am Körper vorhandener Eiweißes, welches nachträglich sich durch einige reichliche Mahlzeiten bald wieder ersetzen läßt.

(Fortsetzung folgt.)

Rechnung

Table with columns for location (e.g., Berlin, Hamburg), name, and amount. Total sum: 3014,77 Rm.

Aus Osnabrück selbst sind eingegangen:

Table listing names and amounts from Osnabrück. Total sum: 473,03 Rm.

Summa 473,03 Rm. Son Aufserhalb 3014,77 Rm. Gesamt-Einnahme 3487,80 Rm.

Ausgabe

Table listing expenses for committee members and other costs. Total sum: 2399,78 Rm.

Bilanz

Table showing income (3487,80 Rm) and expenses (2399,78 Rm).

Bleibt Kassenbestand 1088,02 Rm.

Für die Richtigkeit der Abrechnung garantieren mit ihrer Unterschrift die Revisoren...

Indem wir allen freundlichen Gekerten hiermit unsern herzlichsten Dank aussprechen...

Berlin, 4. Nov. (Öffentliche Versammlung der Maler-gehälfen.) Sonntag, den 17. Oktober...

Main article text starting with 'Berlin, 4. Nov. (Öffentliche Versammlung der Maler-gehälfen.)' discussing the state of the art and workers' conditions.

Städten, wo sich noch keine Maler-gehälfen-Bereine befinden, gründet solche, denkt über eure Lage nach...

folgende Annoncen-Depot sind erschöpft: Altona, Grafmann. — Berlin, Maurer. — Bremen, Geh. — Barmen, — Barmbeck, C. Simon. — Barmstedt, Drews. — Eimsbüttel. — Hamburg, Tischler. do., Maurer. — Izhoe, Kreuzberg. Es bittet um recht baldige Erneuerung Die Expedition.

Parteienoffen! Sonntag, den 14. November, Vormittags 10 Uhr, Volksversammlung in der Norddeutschen Brauerei. Vortrag des Reichstagsabgeordneten W. Liebknecht.

Anzeigen

Berlin. Arbeiterversammlungen: Sonnabend, 13. Nov., Ab. 8 Uhr, 1) Gratwiel's Bierhallen, ob. Saal. 2) Elsfasserstr. 57 bei Joller. Montag, 15. Nov., Abends 8 Uhr. 1) Mariannenstraße 31, Industrie-Hallen.

Hamburg. Mittwoch, 17. Novbr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ohl, Spitalerstr. 18, Öffentliche Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeiter.

Wandsbek. Mittwoch, 17. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, bei Sagemann, Kampstr. 53, Große Zimmerer-Versammlung.

Bremen. Montag, den 15. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, in Ever's Hotel (Hermannshalle), Öffentliche Versammlung der Socialist. Arbeiterpartei.

London. Parteienoffen, welche beabsichtigen, nach London zu reisen und um bei Ankunft den damit verbundenen Schwierigkeiten möglichst zu entgehen...

Berlin. Dienstag, 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, Landsbergerstr. 15 bei Heise, Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Allg. Tischler (Schreiner-) Vereins.

Hamburg. Montag, 15. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Stadl's Salon, Valentinslamp 41, Musikalische Abend-Unterhaltung der Liedertafel „Cassalla“.

Barmbeck. Dienstag, den 16. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz am Markt, Mitglieder-Versammlung der Socialist. Arbeiterpartei Deutschlands.

Bremen. Mittwoch, 17. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in den oberen Kaminen der „Tonhalle“, Zweite große öffentliche Maler-Versammlung.

Keinen g. Partieg. empf. mein Uhrmacher-Geschäft. Auf neue Uhren und Rep. 3 Jahre reelle Gar. Gold. Damenuhren von 13 Thlr. an; do. Herren-Anreuhren von 15 1/2 Thlr. an; silberne Cylinderuhren von 5 Thlr. an (F. 110.) D. Klinghausen, [5,00] Uhrmacher, Alexanderplatz 44, Ecke der Landsbergerstr., Berlin.

Berlin. Dienstag, 16. November, Abends 8 Uhr, Neue Königstr. 7, Hülfskrankenkassen-Versammlung der Cigarrenarbeiter.

Altona. Montag, den 15. November, in Koppelman's Salon, gr. Rosenstr., Concert und Ball, arrangirt von den Mitgliedern des Allg. Tischler (Schreiner-) Vereins.

Bremen. Dienstag, den 16. November, in der Tonhalle, Großer Ball der Schuhmachergewerkschaft.

Meinen geehrten Parteienoffen empfehle mein Uhrenlager. Reparaturen unter 1 Jahr Garantie. H. Gröger, Uhrmacher, Stallstr. 120, Ecke Mariannenstraße, Berlin SO. [3,00]

Allen Parteienoffen empfehle meine Restauration „Neuer Social-Demokrat“ und „Hamb. - Altonaer Volksblatt“ liegen aus. W. Blättle, Maurerstr. 65. [2,00]

Hamburg. Dienstag, 16. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, in Stadl's Stabliement, Valentinslamp 41, Allgemeine Arbeiter-Versammlung.

Altona. Dienstag, den 16. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Diekel, K. Freiheit, Öffentliche Schneider-Versammlung.

Dresden. Montag, den 15. November, fällt die Parteiverammlung der Socialistischen Arbeiterpartei aus.

Empfehle den Partieg. meinen Barbier-Salon. Warnsdorff, Fischerstr. 5. [1,00]

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig erschien und ist durch die Buchhandlung des „Neuen Social-Demokrat“ in Berlin zu beziehen: Der arme Conrad.

Hamburg. Sonnabend, den 20. November, im Englischen Idyll, Kirchen-Allee, St. Georg, Stiftungsfest, bestehend in Concert und Ball, der Mitgliedschaft des Deutschen Zimmerer-Vereins zu Hamburg.

Altona. Dienstag, den 16. November, Abends 7 1/2 Uhr, in Heinsohn's Salon, Große Öffentl. Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter.

Den Parteienoffen sei noch zur Beachtung empfohlen der arme Conrad, welcher in den Versammlungen, beim Colporteur, zu haben ist, so wie das Arbeiterfest zum 27. November im Saale der Centralhalle. (F. 79.) A. Tröger. [3,60]

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1876. In 12 Bogen (circa 100 Seiten) wird dieser Kalender außer dem protestantischen, katholischen und griechischen Kalenderium — Geschichtskalender — Wetterregeln — Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenercheinungen — Verzeichniß der Weisen und Wäcker — Gedichte — Sinnprüche — Anekdoten u. s. w. enthalten: Beiträge von Rob. Schweichel (eine Novelle: Florian Geper's Feldentod), Joh. Ph. Becker, Joh. Kofz, J. W. Frische, Wilh. Liebknecht, W. Dasseimann, C. Girsch, A. Geib.

Keinen g. Partieg. empf. mein Uhrenmacher-Geschäft. Auf neue Uhren und Rep. 3 Jahre reelle Gar. Gold. Damenuhren von 13 Thlr. an; do. Herren-Anreuhren von 15 1/2 Thlr. an; silberne Cylinderuhren von 5 Thlr. an (F. 110.) D. Klinghausen, [5,00] Uhrmacher, Alexanderplatz 44, Ecke der Landsbergerstr., Berlin.